

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 27

FREITAG, DEN 8. APRIL

2016

Inhalt:

	Seite		Seite
Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Ottensen 67	657	Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Wandsbek 79	658
Öffentliche Auslegung einer Änderung des Flächennutzungsplans	657	Öffentliche Zustellung	660
Aufstellungsbeschluss	658	Öffentliche Zustellung	661

BEKANNTMACHUNGEN

Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Ottensen 67

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Altona führt über die beabsichtigte Planung für das Gebiet des Bebauungsplan-Entwurfs Ottensen 67 mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Darlegung und Erörterung durch.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Bahrenfelder Kirchenweg – S-Bahntrasse – Ostgrenze des Flurstücks 3560 der Gemarkung Ottensen – Friedensallee (Bezirk Altona, Ortsteil 212).

Das vorhabenbezogene Bebauungsplanverfahren mit der beabsichtigten Bezeichnung Ottensen 67 wird eingeleitet, um für den Bereich zwischen S-Bahntrasse und Bahrenfelder Kirchenweg/Friedensallee die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Nachnutzung des bisher als Bürostandort genutzten Areals zu schaffen.

Das derzeitige Verwaltungshochhaus entspricht nicht mehr den Anforderungen an ein zeitgemäßes Bürogebäude und soll daher zurückgebaut werden. Im Vordergrund steht die Entwicklung eines überwiegend dem Wohnen dienenden Quartiers im Geschosswohnungsbau mit etwa 450 Wohneinheiten. Der gemäß Vertrag für Hamburg vorgesehene Anteil von mindestens 30% öffentlich geförderten Wohnungen soll vertraglich gesichert werden.

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, dem 20. April 2016, um 19.00 Uhr im Kollegiensaal des Bezirksamtes Altona, Platz der Republik 1, 22765 Hamburg, statt.

Anschauungsmaterial kann ab dem 6. April 2016 innerhalb der Öffnungszeiten des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ) des Bezirksamtes Altona, Jessenstraße 1-3 (Technisches Rathaus), 22767 Hamburg, eingesehen werden. Auskünfte werden montags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, dienstags von 8.00 Uhr bis 12.30 Uhr, donnerstags von 8.00 Uhr bis 15.30 Uhr sowie

am 20. April 2016 ab 18.00 Uhr am Veranstaltungsort erteilt.

Hamburg, den 24. März 2016

Das Bezirksamt Altona

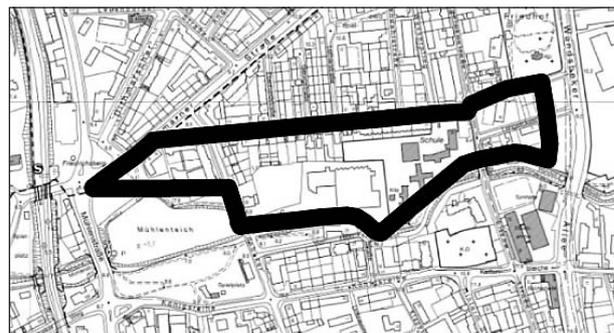
Amtl. Anz. S. 657

Öffentliche Auslegung einer Änderung des Flächennutzungsplans

Der Senat hat beschlossen, die Änderung des Flächennutzungsplans „Wohnen nördlich der Wandse in Wandsbek“ gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731), öffentlich auszulegen:

Änderung des Flächennutzungsplans (Aufstellungsbeschluss F 02/13)

Geltungsbereich nördlich der Wandse, zwischen der Mühlenstraße und der Wandsbeker Allee im Stadtteil Wandsbek (F 02/13 – Bezirk Wandsbek, Ortsteil 507).



Durch die Änderung des Flächennutzungsplans werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für zusätzlichen

Wohnungsbau in zentraler Lage im Bezirk Wandsbek geschaffen. Zudem erfolgt eine Sicherung von Grünflächen zur Naherholung und zugunsten des Biotopverbundes.

Das Plangebiet wird begrenzt von der Wandse im Süden, der Stormarner Straße im Westen, der Bandwikerstraße im Norden und der Wandsbeker Allee im Osten. Es umfasst damit die Gebiete der Bebauungsplan-Entwürfe Wandsbek 79, Wandsbek 81 sowie weitere Flächen. Das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans wird parallel zum Bebauungsplanverfahren Wandsbek 79 geführt. Der Flächennutzungsplan für die Freie und Hansestadt Hamburg stellte bisher für das Plangebiet „Gemischte Bauflächen“ und „Grünflächen“ dar. Insbesondere der nördliche Bereich entlang der Bandwikerstraße wird überwiegend durch Wohnungsbau genutzt, im südlichen Bereich nördlich der Wandse befinden sich gewerblich genutzte Gebäude und eine Schule. Östlich anschließend befinden sich von Gewerbetrieben zu Lagerzwecken genutzte Grundstücke.

Zukünftig sollen die gewerblich genutzten Bereiche nördlich der Wandse und im Osten des Plangebiets überwiegend für Wohnungsbau genutzt werden, um in Anbetracht des aktuell erhöhten Wohnungsbedarfs einen Beitrag zur Realisierung des Wohnungsbauprogramms des Senats zu leisten.

Angesichts des zusätzlichen Wohnungsbaus erlangt auch die Sicherung von Grünflächen und -verbindungen eine wachsende Bedeutung. Daher soll erstmalig eine durchgehende Grünverbindung nördlich der Wandse auf der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung gesichert werden, um das Naherholungsangebot für die Bevölkerung zu sichern bzw. zu verbessern und den Wandse-Grünzug entsprechend seiner Bedeutung als einer der Hauptgrünzüge des Bezirks zu stärken.

Dazu werden die überwiegenden Flächen künftig als „Wohnbauflächen“ dargestellt, der Bereich entlang der Wandse wird künftig als „Grünfläche“ dargestellt.

Das Gebiet der Flächennutzungsplanänderung umfasst eine Fläche von etwa 7,9 ha.

Die Änderung des Flächennutzungsplans (zeichnerische Darstellungen, Beschlusstext und Begründung) wird in der Zeit vom 18. April 2016 bis einschließlich 19. Mai 2016 an den Werktagen (außer sonntags) während der Dienststunden im Bezirksamt Wandsbek, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, Am Alten Posthaus 2, IV. Obergeschoss (Flur), 22041 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Bestandteil der Auslegung ist der Umweltbericht mit Informationen zu den Schutzgütern Mensch, Luft und Klima, Boden, Wasser, Tiere und Pflanzen, Stadt-/Landschaftsbild und Kultur- und Sachgüter.

Außerdem liegt eine umweltrelevante Stellungnahme zur Altlastensituation vor. Diese kann während der öffentlichen Auslegung eingesehen werden.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu der ausliegenden Änderung des Flächennutzungsplans bei der oben genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben.

Ein Duplikat der Änderung des Flächennutzungsplans kann in der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung, Neuenfelder Straße 19, I. Obergeschoss (Eingangsbereich), Raum

E.01.274, 21109 Hamburg, im oben angegebenen Zeitraum eingesehen werden.

Hamburg, den 5. April 2016

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Amtl. Anz. S. 657

Aufstellungsbeschluss

Das Bezirksamt Wandsbek beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731), für das Gebiet nördlich und südlich der Straße Lengerckestieg einen Bebauungsplan aufzustellen (Aufstellungsbeschluss W 1/16).

Eine Karte, in der das Gebiet farblich gekennzeichnet ist, kann beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Gebiet wird wie folgt begrenzt: Lengerckestraße – Kirchhofstraße – Wandsbeker Allee – Wandse (Bezirk Wandsbek, Ortsteil 507).

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans mit der beabsichtigten Bezeichnung Wandsbek 79 (Lengerckestieg) sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für mehrgeschossigen Wohnungsbau geschaffen und der Wandse-Grünzug als Freiraumverbindung gesichert werden.

Hamburg, den 30. März 2016

Das Bezirksamt Wandsbek

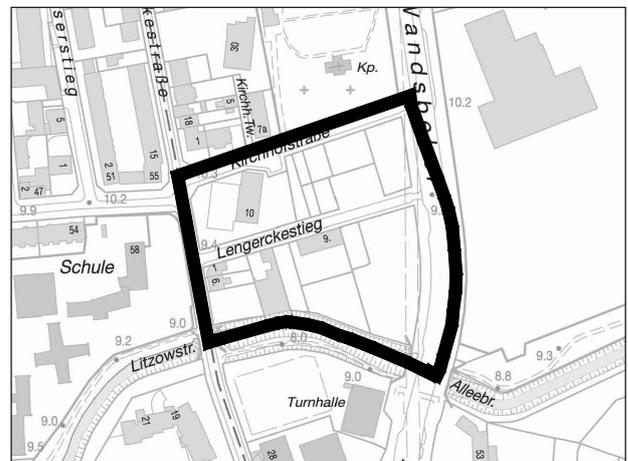
Amtl. Anz. S. 658

Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Wandsbek 79

Das Bezirksamt Wandsbek hat beschlossen, folgenden Bebauungsplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731), öffentlich auszulegen:

Bebauungsplan Wandsbek 79

Das Gebiet wird wie folgt begrenzt: Kirchhofstraße – Wandsbeker Allee – Wandse – Lengerckestraße (Bezirk Wandsbek, Ortsteil 507).



Durch die Aufstellung des Bebauungsplans mit der beabsichtigten Bezeichnung Wandsbek 79 (Lengerckestieg)

sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für ein allgemeines Wohngebiet geschaffen und der Wandse-Grünzug als Freiraumverbindung gesichert werden.

Bestandteile der ausliegenden Unterlagen sind der Umweltbericht als gesonderter Teil der Begründung, die wesentlichen umweltbezogenen Fachgutachten und die wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen von Fachbehörden und Trägern öffentlicher Belange.

Folgende umweltrelevante Informationen und Fachgutachten sind für den Geltungsbereich des Bebauungsplan-Entwurfs verfügbar:

- Umweltbericht mit einer Beschreibung und Bewertung des Bestandes und der Umweltauswirkungen durch die Planung sowie Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zu den Schutzgütern Klima und Luft, Boden, Wasser, Landschaft/Stadtbild, Tiere und Pflanzen einschließlich der biologischen Vielfalt, Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit sowie Kultur- und sonstigen Sachgütern.
 - Schalltechnische Untersuchung aus dem Jahr 2014 eines Ingenieurbüros zu den Auswirkungen der Lärmquellen Verkehr, Gewerbe, Schule und Sport unter Berücksichtigung der zu erwartenden Verkehrsbelastung im Hinblick auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
 - Erschütterungsgutachten aus dem Jahr 2014 (ergänzt im Jahr 2015) sowie eine ergänzende Stellungnahme aus dem Jahr 2016 eines Ingenieurbüros zu den Auswirkungen der Erschütterungen durch die unterhalb der Wandseker Allee verlaufende U-Bahnlinie U1 auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
 - Historische Erkundung des Standortes Lengerckestieg 7-9 aus dem Jahr 2014 eines geologischen Fachgutachters im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden, Grundwasser, Tiere und Pflanzen sowie Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
 - Stellungnahme eines Bodengutachters vom 3. Juli 2015 mit Hinweisen zur Schadenssituation des Grundwassers und zur möglichen Gebäudegründung im Bereich von schadstoffbelastetem Grundwasser sowie zum Überschwemmungsgebiet der Wandse im Hinblick auf die Schutzgüter Wasser, Boden und Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
 - Bestands- und Höhenplan des Plangebiets aus dem Jahr 2013 des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung, das als Grundlage vor allem für die Planung der Oberflächenentwässerung, der Baubewertung sowie der Überprüfung des verordneten Überschwemmungsgebietes diente.
 - Entwässerungskonzept aus dem Jahr 2014 eines Ingenieurbüros im Hinblick auf die Schutzgüter Wasser, Boden und Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
 - Artenschutzfachlicher Beitrag aus dem Jahr 2014 eines Landschaftsplanungsbüros zum Schutzgut Tiere.
 - Grünordnerische Kartierung und Baubewertung aus dem Jahr 2013 eines Landschaftsarchitekten im Hinblick auf das Schutzgut Pflanzen einschließlich der biologischen Vielfalt.
 - Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung nach Staatsräte-Modell aus dem Jahr 2015 eines Landschaftsarchitekten im Hinblick auf die Schutzgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere einschließlich der biologischen Vielfalt.
 - Landschaftsplanerisches und städtebauliches Gutachten einer Arbeitsgemeinschaft von Architekten, Stadtplanern, Garten- und Landschaftsarchitekten aus dem Jahr 2010 zur Qualifizierung des Wandse-Grünzuges im Hinblick auf die Schutzgüter Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit, Wasser, Tiere und Pflanzen einschließlich der biologischen Vielfalt, Landschaft/Stadtbild, Kultur- und sonstige Sachgüter.
 - DIN 4150-2 Erschütterungen im Bauwesen.
- Folgende umweltrelevante Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange liegen vor:
- Angelsport-Verband Hamburg e.V. vom 2. November 2012 mit Hinweisen zu Befischungsergebnissen und Renaturierungsmaßnahmen an der Wandse im Hinblick auf die Schutzgüter Wasser, Tiere und Pflanzen einschließlich der biologischen Vielfalt sowie Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
 - Arbeitsgemeinschaft Naturschutz vom 8. Oktober 2015 mit Hinweisen zum naturschutzrechtlich erforderlichen Ausgleich, zur Berücksichtigung der Wasserrahmenrichtlinie sowie zum Überschwemmungsgebiet für die Wandse im Hinblick auf die Schutzgüter Wasser, Boden, Tiere und Pflanzen einschließlich der biologischen Vielfalt, Landschaft/Stadtbild sowie Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
 - Bezirksamt Wandsbek, Management des öffentlichen Raumes, Stadtgrün, vom 30. September 2015 mit Hinweisen zur Parkanlage entlang der Wandseker Allee im Hinblick auf das Schutzgut Landschaft/Stadtbild.
 - Bezirksamt Wandsbek, Management des öffentlichen Raumes, Wasserwirtschaft, vom 6. Oktober 2015 mit Hinweisen zum festgesetzten Überschwemmungsgebiet für die Wandse, zum Verlauf des Wanderweges entlang der Wandse zur Oberflächenentwässerung im Hinblick auf die Schutzgüter Wasser, Boden, Landschaft/Stadtbild und Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
 - Bezirksamt Wandsbek, Rechtsamt, vom 2. Oktober 2015 mit Hinweisen zu Lärmschutzfestsetzungen, Festsetzungen zur Gebäudegründung im Bereich des Grundwassers und zur Überschneidung des festgesetzten Überschwemmungsgebietes für die Wandse mit vorgesehenen Baugrenzen im Hinblick auf die Schutzgüter Wasser, Boden und Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
 - Bezirksamt Wandsbek, Sozialraummanagement, vom 26. September 2012 mit Hinweisen zur Nutzung einer Außensportfläche im Hinblick auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
 - Bezirksamt Wandsbek, Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt, Umweltschutz, vom 25. September 2015 mit Hinweisen zu Altlasten, zur historischen Erkundung des Standortes Lengerckestraße 7-9 und zur Verunreinigung des Grundwassers im Hinblick auf die Schutzgüter Wasser, Boden und Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
 - Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung, vom 26. Juli 2012 mit Hinweisen zur Luftschadstoffsituation im Hinblick auf die Schutzgüter Luft und Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
 - Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung, vom 22. Oktober 2015 mit Hinweisen zu den vorgesehenen Lärmschutzfestsetzungen im Hinblick auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.

- Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Wohnungsbaukoordination, vom 6. Oktober 2015 mit Hinweisen zur Gebäudegründung im Bereich von schadstoffbelastetem Grundwasser im Hinblick auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
- Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Immissionschutz und Betriebe, vom 26. Juli 2012 mit Hinweisen zu möglichen Immissionen durch verschiedene Gewerbebetriebe im Umfeld des Plangebietes und durch den Straßenverkehr sowie zur Schmutzwasserentwässerung im Hinblick auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
- Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Immissionschutz und Betriebe, vom 14. September 2012 mit Hinweisen zu Emissionen der Firma Ohly im Hinblick auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
- Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Naturschutz, Arten- und Biotopschutz, vom 17. Dezember 2012 mit Hinweisen zu vorkommenden Arten und Biotopen im Hinblick auf die Schutzgüter Tiere und Pflanzen einschließlich der biologischen Vielfalt.
- Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Umweltschutz, Bodenschutz/Altlasten, vom 22. August 2012 mit Hinweisen zur Historie des Gaswerks Wandsbek, zur Schadenssituation des Grundwassers, zur Grundwasserhydraulik, zur damit verbundenen Gefahrensituation und zu Baumaßnahmen im Bereich des Grundwassers im Hinblick auf die Schutzgüter Wasser, Boden und Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
- Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Umweltschutz, Bodenschutz/Altlasten, vom 27. Oktober 2014, vom 6. Februar 2015, vom 7. August 2015 und vom 28. August 2015 mit Hinweisen zur Gebäudegründung im Bereich von schadstoffbelastetem Grundwasser im Hinblick auf die Schutzgüter Wasser, Boden und Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
- Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Umweltschutz, Bodenschutz/Altlasten, vom 9. September 2015 mit Hinweisen zur bautechnischen Ausführung unterirdischer Geschosse im Hinblick auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
- Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Umweltschutz, Bodenschutz/Altlasten, vom 22. Oktober 2015 mit Hinweisen zur Altlastsituation im Bereich der parallelen Änderung des Flächennutzungsplans im Hinblick auf die Schutzgüter Boden und Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
- Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Umweltschutz, Wasserwirtschaft, Grundwasserschutz, vom 2. Oktober 2015 mit Hinweisen zur Oberflächenentwässerung im Hinblick auf die Schutzgüter Wasser und Boden.
- Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Umweltschutz, Wasserwirtschaft, Hochwasserschutz, vom 2. Oktober 2015 und vom 3. November 2015 mit Hinweisen zur Überschneidung des festgesetzten Überschwemmungsgebietes für die Wandse mit vorgesehenen Baugrenzen im Hinblick auf das Schutzgut Wasser.
- Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Wirtschaftsförderung, vom 14. September 2015 mit Hinweisen zur schalltechnischen Berücksichtigung von im Plangebiet vorhandenen Gewerbebetrieben im Hinblick auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.

- Hamburger Hochbahn AG vom 8. Oktober 2015, vom 23. Mai 2014 und vom 12. Dezember 2013 mit Hinweisen zu Schall- und Erschütterungsemissionen, die vom benachbarten Busbetriebshof und von der im Plangebiet unterirdischen U-Bahn zukünftig ausgehen können, im Hinblick auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
- Hamburg Wasser, Hamburger Stadtentwässerung, vom 9. September 2015 mit Hinweisen zu bestehenden Sielen und der Entwässerung im Hinblick auf das Schutzgut Wasser.
- Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen, Flächen- und Portfoliomanagement, vom 6. Oktober 2015 mit Hinweisen zur Überschneidung des festgesetzten Überschwemmungsgebietes für die Wandse mit vorgesehenen Baugrenzen im Hinblick auf das Schutzgut Wasser.

Der Bebauungsplan-Entwurf (Planzeichnung, Verordnung mit textlichen Festsetzungen und Begründung), die umweltrelevanten Informationen und Fachgutachten sowie die umweltrelevanten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden in der Zeit vom 18. April 2016 bis einschließlich 19. Mai 2016 an den Werktagen (außer sonnabends) montags bis donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, IV. Obergeschoss (Flur), 22041 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zur Planung (Bebauungsplan-Entwurf mit Begründung und Umweltbericht) sowie zu den vorgenannten umweltbezogenen Informationen, Fachgutachten und Stellungnahmen bei der genannten Dienststelle schriftlich abgegeben oder zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach §47 der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, wenn mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 30. März 2016

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 658

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt der nachfolgend aufgeführten Personen ist unbekannt. Beim Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung, Neuenfelder Straße 19, Raum C.03.137, 21109 Hamburg, liegen für diese Personen Fortführungsmittelungen bereit, die innerhalb der Geschäftszeit von montags bis freitags 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr abgeholt werden können. Diese Dokumente wurden wegen Veränderungen im Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem erforderlich.

Name, Vorname	letzte bekannte Anschrift
Arjomandi, Baharak	unbekannt
Bidgoli, Matthias Mani	Bornholmer Straße 14a, 10178 Berlin
Daake, Niels von	Hauptstraße 106, 25899 Klixbüll
Diederichs, Christa Edith	unbekannt

Fischer, Joachim	Waldweg 9, 21629 Neu Wulmstorf
Hinrichsen, Elsa Amanda	unbekannt
Hinsch, Willi Hermann	unbekannt
Hübler, Ute	Bürgermeister-Jahn- Weg 16, 24340 Eckernförde
Issavand, Ahmad Ali	Geisbergstraße 18, 10777 Berlin
Lieth, Arnim von der	Berliner Straße 1, 21244 Buchholz
Mathiak, Joachim	Amtsstraße 80 b, 22149 Hamburg
Müller, Ines	unbekannt
Nagaki, Doris Brigitte	unbekannt
Neubacher, Frank	Von-Lepel-Straße 3 a, 27259 Freistatt
Othmer, Michaela Karin	Hermannstraße 54, 33602 Bielefeld
Reimers, Heidrun	unbekannt
Schöpf, Gundula Anna Charlotte	Kaiserin-Augusta- Allee 86 c, 10589 Berlin
Tamke, Ingrid Erika	Rodomstorstraße 91, 24306 Plön
Timmann, Uwe	unbekannt
Wilckens, Frieda Anna Marie	unbekannt
Wilckens, Carl Nikolaus	unbekannt
Wilckens, Margarethe Gesche	unbekannt
Wilckens, Martha Elise Sophie	unbekannt

Die Zustellung der Fortführungsmitteilungen gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 22. April 2016 als bewirkt.

Hamburg, den 4. April 2016

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Amtl. Anz. S. 660

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Yilin Ni, geboren am 10. Mai 1984, zuletzt wohnhaft Reyesweg 25 a, 22081 Hamburg, ist unbekannt.

In der Hamburgischen Architektenkammer, Grindelhof 40, 20146 Hamburg, liegt zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786), unter dem Aktenzeichen 049264-VO002102 ein Bescheid vom 30. März 2016 zur Einsicht und Abholung bereit.

Es wird darauf hingewiesen, dass durch diese Benachrichtigung das Dokument zwei Wochen nach dieser Bekanntmachung als öffentlich zugestellt gilt und Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Hamburg, den 1. April 2016

**Hamburgische Architektenkammer
– Eintragungsausschuss –**

Amtl. Anz. S. 661

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung Vergabenummer: 16 A 0068

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49(0)40/4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49(0)40/4 27 92 - 12 00
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: 16 A 0068
**LOS 10 – KG 470 –
RLT-Anlagen für GMP-Reinräume**
4121 G 1301 – Umbau Hs1 – Südflügel Mitte, Kreuzbau +
Interim
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur
Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
Kein elektronisches Vergabeverfahren
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Bundeswehrkrankenhaus,
Lesserstraße 180, 22049 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Lieferung und Montage von 1 Stück Klimaanlage mit
WRG ca. 4.300 m³/h, 1 Stück Klimaanlage mit WRG ca.
2.900 m³/h, ca. 4 Stück Einzel-Abluftventilatoren ca. 50-
500 m³/h, ca. 3.30 m² Kanalnetz aus verzinktem Stahl-
blech einschl. Dämmung, ca. 280 m Rundrohre aus ver-
zinktem Stahlblech, ca. 10 Stück Brandschutzklappen.
Zu erstellen ist ein raumlufttechnisches System im
GMP-reguliertem Umfeld inklusive Lüftungstechnik,
für einen sterilen Herstellbereich im Umluft-Betrieb
und für einen Herstellbereich im Fortluft-Betrieb, Steu-
erung, Reinraummonitoring, behördliche Abnahme und
Qualifizierung.
Die Herstellbereiche befinden sich im Erdgeschoss und
umfassen die GMP-Reinraumklassen D bis B. Die Auf-
stellung der Lüftungstechnischen Geräte und der erfor-
derlichen Schaltschränke sind im Kellergeschoss vorge-
sehen.
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfristen:
Beginn der Ausführung: 1. Juni 2016
Fertigstellung: 3. April 2017
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle@bba.hamburg.de
Bewerbungsschluss: 15. April 2016
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in
Papierform:
Höhe der Kosten: 15,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,

Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 16 A 0068

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so
ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine
Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden,
wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck ange-
geben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunter-
lagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der voll-
ständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle
(siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers einge-
gangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
3. Mai 2016, 11.00 Uhr
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem
Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis
der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins
für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präquali-
fikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunterneh-
men ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehe-
nen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die
Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nach-
weis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte
Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzule-
gen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigen-
erklärungen auch für die vorgesehenen Nachunterneh-
men abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind
präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der
Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste
des Vereins für die Präqualifikation von Bauunterneh-
men (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenklärungen (auch die der Nachunternehmer) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 3. Juni 2016

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 31. März 2016

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –**

278

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 16 A 0110

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40/4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40/4 27 92 - 12 00
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: **16 A 0110**

Erneuerung der Tresenanlage

4111 B 1502 Erneuerung Tresenanlage der GHG im Gebäude 16, CLK

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

Kein elektronisches Vergabeverfahren

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Clausewitz-Kaserne,
Manteuffelstrasse 20, 22587 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

Die Leistungen umfassen die Demontage und Entsorgung der Tresenanlage (Länge ca. 12 m) einschließlich Schankanlage und Kältetechnik sowie die Lieferung und Montage einer neuen Tresenanlage. Neue Tresenanlage u.a. ausgestattet mit ungekühlten Unterbauten, gekühlten Unterbauten für Wein und AFG, Gläserpülmaschine, Schnapskühler (TK), Schanktischabdeckung, Abdeckungen, Schankanlage für Bier und CO₂-Warnanlage sowie erforderlicher Kältetechnik.

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfristen:

Beginn der Ausführung: 18. Juli 2016

Fertigstellung: 10. August 2016

j) Nebenangebote sind zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle@bba.hamburg.de

Bewerbungsschluss: 15. April 2016

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten: 10,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,

Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 16 A 0110

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,

– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,

– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:

Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:

Deutsch

q) Angebotseröffnung:

3. Mai 2016, 10.00 Uhr

Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:

Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

s) Entfällt

t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmern sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmern in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmern (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 3. Juni 2016

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/42842-450

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 31. März 2016

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –**

279

**Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Zentrale Vergabestelle K 5

Postanschrift:

Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

<http://root.deutsche-evergabe.de/Portal>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Planung von Straßen

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Farmsener Weg/Karlshöhe/August-Krogmann-Straße, Saseler Chaussee bis Am Luisenhof.

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Der Auftrag betrifft Planungsleistungen für das folgende Straßenbauprojekt: Projekt 12068 – Farmsener Weg/Karlshöhe/August-Krogmann-Straße, Saseler Chaussee bis Am Luisenhof: Diese Hauptverkehrsstraßen, die einen zusammenhängenden Straßenzug bilden, sind eine innerstädtische Verbindung zwischen Farmsen und Wellingsbüttel. Die Straßen besitzen einen Fahrstreifen je Richtung, teilweise mit zusätzlichen Abbiegefahrstreifen an den Einmündungen. Die Nebenflächen beinhalten Gehwege, Radwege und Baumpflanzungen. Insbesondere die Radwege sind baulich schadhaft und unterdimensioniert und entsprechen nicht mehr den Vorgaben der aktuellen Regelwerke und den funktionalen Anforderungen. Auch die Fahrbahnen weisen streckenweise erhebliche Schäden auf. Die Länge der überplanenden Strecke beträgt ca. 3,8 km. Auf der Strecke befinden sich vier Einmündungen/Kreuzungen mit Lichtsignalanlagen. Ziel der Überplanung ist die Überprüfung des Straßenquerschnitts, die Errichtung von regelkonformen Radverkehrsanlagen und Gehwegen, die Optimierung der Lichtsignalanlagen sowie die Sanierung und Ertüchtigung von Gehwegen und Fahrbahnen. Folgende Ingenieurleistungen sollen vergeben werden: Objektplanung Verkehrsanlagen Lph. 1 bis 6 gem. § 47 HOAI sowie besondere Leistungen.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 71322500
- II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): nein
- II.1.8) Lose
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –
- II.2.2) Angaben zu Optionen:
Optionen: nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung
Laufzeit: 18 Monate ab Auftragsvergabe.
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bei einer Bietergemeinschaft ist die Nennung aller Mitglieder und eines Gesamtbevollmächtigten erforderlich, der in Vertretung auf Rechnung aller handeln kann. Die Bietergemeinschaft haftet gesamtschuldnerisch. Die Integritätserklärung muss von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft abgegeben werden. Die gemäß III.2.2) Nr. 1 geforderte Berufshaftpflichtversicherung muss für alle Mitglieder bestehen. Die übrigen Erklärungen werden gemeinschaftlich abgegeben.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Der Teilnahmeantrag ist auf dem Formular des Auftraggebers einzureichen. Es ist abrufbar unter <http://root.deutsche-evergabe.de/Portal>. Das Formular enthält Vorlagen für alle erforderlichen Erklärungen, darunter die Integritätserklärung sowie die Erklärung gemäß III.2.2. und III.2.3. Teilnahmeanträge sind in einem verschlossenen Umschlag adressiert an die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, RV/ZVA, Zimmer E 01.421, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, mit dem Vermerk „Vergabeunterlagen Farmseener Weg ÖT-K5-152/16 / Bitte nicht öffnen!“ einzureichen.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
1) Nachweis über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung (Personenschäden mindestens 1.000.000,- Euro, sonstige Schäden mindestens 500.000,- Euro).
2) Nachweis über den kumulierten Umsatz des Bewerbers in den Jahren 2013, 2014, 2015 (erforderlich sind mindestens 800.000,- Euro insgesamt).
(Wertung: max. 5 Punkte; je nach Umsatz werden die entsprechenden Punkte vergeben.
< 0,8 Mio. Euro = 0 Punkte
≥ 0,8 Mio. Euro = 1 Punkt
> 1,2 Mio. Euro = 2 Punkte
> 1,6 Mio. Euro = 3 Punkte
> 2,0 Mio. Euro = 4 Punkte
> 2,4 Mio. Euro = 5 Punkte)
3. Eigenerklärung über den kumulierten Umsatz des Bewerbers an vergleichbaren Leistungen in den Jahren 2013, 2014, 2015. Erforderlich sind mindestens 400.000,- Euro. Vergleichbare Leistungen sind Planungsleistungen der LP 2-6 an Straßen des innerstädtischen Hauptverkehrsstraßennetzes, jedoch keine Bundesautobahnen. Es müssen alle HOAI Leistungsphasen 2 bis 6 Leistungen erbracht worden sein.
(Wertung: max. 5 Punkte; je nach Umsatz werden die entsprechenden Punkte vergeben
< 0,4 Mio. Euro = 0 Punkte
≥ 0,4 Mio. Euro = 1 Punkt
> 0,6 Mio. Euro = 2 Punkte
> 0,8 Mio. Euro = 3 Punkte
> 1,0 Mio. Euro = 4 Punkte
> 1,2 Mio. Euro = 5 Punkte)
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
1) Anzahl der Ingenieure, die in den Jahren 2013, 2014 und 2015 durchgehend an ähnlichen Planungsvorhaben gearbeitet haben. Ähnliche Planungsvorhaben zeichnen sich wie folgt aus:
– Bauvolumen > 1,0 Mio. Euro
– Planungen min. der Lph. 2-6 an Straßen des innerstädtischen Hauptverkehrsstraßennetzes, jedoch keine Bundesautobahnen.
– Leitungstraßenplanung
(Wertung: max. 10 Punkte; Je nach Anzahl der Mitarbeiter werden die entsprechenden Punkte vergeben)
< 2 Mitarbeiter = 0 Punkte
mind. 2 Mitarbeiter = 2 Punkte
mind. 3 Mitarbeiter = 4 Punkte
mind. 4 Mitarbeiter = 6 Punkte

- mind. 5 Mitarbeiter = 8 Punkte
> 5 Mitarbeiter = 10 Punkte
- 2) Nennung der Mitarbeiter mit
- Namen
 - Qualifikation
 - Beschreibung der bearbeiteten Projekte/Planungsinhalt
 - Bearbeitete Leistungsbilder sowie Leistungsphasen
3. Referenzprojekte der letzten fünf Geschäftsjahre (2011, 2012, 2013, 2014, 2015) die zwischenzeitlich abgeschlossen wurden. Zwingend erforderliche Aspekte:
- Planung an Straßen des innerstädtischen Hauptverkehrsstraßennetzes, jedoch keine Bundesautobahnen.
- Nennung der Referenzprojekte mit
- Projektbezeichnung
 - Auftraggeber mit Ansprechpartner und Tel.-Nummer
 - Bausumme
 - Bearbeitete Leistungsphasen
 - Bearbeitete Leistungsbilder
 - Darlegung des zeitlichen Ablaufes des Planungsprozesses mit Angabe von Planungsbeginn und Planungsende
- (Wertung: max. 20 Punkte; je Referenzprojekt und gefordertem Kriterium 5 Punkte
Bausumme > 1 Mio. Euro = 5 Punkte
Bearbeitung Lph. 2 bis 6 und Leitungsstraßenplanung = 5 Punkte
Erstellung Bauablaufkonzept mit Bauphasenplänen = 5 Punkte
Koordination der Leitungslegungen während der Bauzeit = 5 Punkte)
- 4) Eigenerklärung zur Qualifikation der Fachkräfte des Auftragnehmers gemäß III.3.1).
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: nein
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:
Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5
- Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Der Auftraggeber bildet eine Rangliste auf der Grundlage der angegebenen Punkteverteilung für die unter Ziffer 3.2.2 und 3.2.3 vorgesehenen Eignungskriterien. Die Bewerber mit den höchsten Punktzahlen werden zur Angebotsabgabe aufgefordert (min. 3, max. 5 Bewerber).
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote : nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
ÖT K5 152/16
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: –
Kostenpflichtige Unterlagen: –
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
24. Mai 2016, 9.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –
- ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**
- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Die Vergabeunterlagen sind abrufbar unter:
<http://root.deutsche-evergabe.de/Portal>
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefon: +49/40/42840-2441
Telefax: +49/40/42731-0499
E-Mail: vergabekammer@bsw.hamburg.de
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheit der Unternehmen/Bewerber/Bieter sowie auf die Präklusionsregelung gemäß § 107 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis Nr. 4 GWB hinsichtlich der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über das Vergabeverfahren hin. § 107 Abs. 3 S. 1 GWB lautet: Der Antrag (auf Nachprüfung) ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, 2. Verstöße gegenüber Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewertung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggeber, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 101 b Abs. 1 Nr. 2 § 101 a Abs. 1 Satz 1 bleibt unberührt.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefon: +49/40/42840-2441
Telefax: +49/40/42731-0499
E-Mail: vergabekammer@bsw.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
24. März 2016

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, die weitere Auskünfte erteilen: –**
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind: –**
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle:
Zu Händen von RB/ZVA, Zimmer E 01.421

Hamburg, den 24. März 2016

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 280

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Telefax: +49/040/42731-0143
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
die oben genannten Kontaktstellen
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) Beschreibung****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Umbau und Sanierung einer dreigeschossigen Berufsschule mit labortechnischem Schwerpunkt in Hamburg im Billwerder Billdeich 614 – Gerüst, Fliesen, Maler, Trockenbau

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Billwerder Billdeich 614, 22113 Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Bei der Baumaßnahme handelt es sich um eine energetische und brandschutztechnische Umbau- und Sanierungsmaßnahme der G13, Gewerbeschule für Chemie, Pharmazie, Agrarwirtschaft als Teil des Berufsschulzentrums in Bergedorf. Die Schule befindet sich am Billwerder Billdeich 614 in Hamburg-Bergedorf. Sie wurde 1978 im Norden des Berufsschulzentrums errichtet. Die BGF des Gebäudes beträgt ca. 17.200 m². Die Baustelle ist über den Billwerder Billdeich unabhängig vom Schulbetrieb anfahrbar. Der Umbau und die Sanierung werden in 6 Bauabschnitten realisiert. Die Realisierung findet bei laufendem Schulbetrieb statt. Sonn- und Nachtarbeit sind mit eingeplant. Beginn und Abschluss der gesamten Baumaßnahme voraussichtlich Juli 2016 bis Juni 2018.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45214220

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja**II.1.8) Lose: Ja****II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –****II.2) Menge oder Umfang des Auftrags****II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Gemäß Kostenschätzung beträgt der Auftragswert für alle Lose ca. 2.028.000,- Euro (netto).

Geschätzter Wert ohne MwSt: 2.028.000,00,- Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein**II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw.

Beginn und Ende der Auftragsausführung: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**III.1) Bedingungen für den Auftrag****III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –****III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –****III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen**III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER:

– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),

– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),

– Umsätze aus den drei Jahren 2013, 2014 und 2015,

und

– gültige Freistellungsbescheinigung.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als drei Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: –

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOB EU 043-16 TG

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Ja

Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl:
2016/S 006-006092 vom 9. Januar 2016

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 2. Mai 2016, 10.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger:

Landesbetrieb Schulbau Hamburg

IBAN: DE 2520000000020101529

BIC: MARKDEF1200

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg

Verwendungszweck: 7005851,

SBH VOB EU 043-16 TG

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro **pro Los** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Lossummiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der genannten Varianten wählen. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

3. Mai 2016, 10.00 Uhr.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Laufzeit: 45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 3. Mai 2016, 10.00 Uhr

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 005

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>

Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/42840-2039
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genauere Angaben zu den Fristen für die Ein-
legung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabe-
kammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf
Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3
Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller
den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften
im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber
dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat.
Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn
sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kennt-
nis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4
GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn
mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung
des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu
wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/42731-0143
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
24. März 2016

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

**Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auf-
traggeber:** Umbau und Sanierung einer dreigeschossigen
Berufsschule mit labortechnischem Schwerpunkt in Hamburg
im Billwerder Billdeich 614 – Gerüst, Fliesen, Maler,
Trockenbau.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Gerüstbauarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** –
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Auf-
träge (CPV)**
Hauptgegenstand: 44212310
- 3) **Menge oder Umfang:** –
Einrüsten des Gebäudes zum Fenster- und
Sonnenschutz einbau in Bauabschnitten, Um-
setzen der Gerüste, Innengerüste als Treppen-
gerüste

- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren
und/oder von der Vertragslaufzeit:** –

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Juli 2016
bis Juli 2018, in Bauabschnitten. Die Öffnung der
Angebote findet statt am 3. Mai 2016 um 10.00
Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Fliesenarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** –
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Auf-
träge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45431000
- 3) **Menge oder Umfang:** –
ca. 1760 m² Feinsteinzeug Bodenfliesen, säure-
beständig in den Laboren und Nebenräumen,
einschließlich Abdichtung in Verbund. Boden-
fliesen im Sanitärbereich einschließlich Ab-
dichtung im Verbund ca. 400 m², Wandfliesen im
Sanitärbereich ca. 900 m², Wandspiegel, An-
arbeiten von Entwässerungsrinnen
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren
und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: August
2016 bis Mitte Juli 2018, in Bauabschnitten. Die
Öffnung der Angebote findet statt am 3. Mai 2016
um 10.30 Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Malerarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** –
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Auf-
träge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45442110
- 3) **Menge oder Umfang:** –
Anstrich auf geputzte Flächen ca. 10.000 m², ca.
1500 m² Anstrich von Gipskartonwänden inkl.
Spachtelung, ca. 700 m² Anstrich von Gips-
kartondecken inklusive Spachtelung, Anstrich
von ca. 180 Stück Stahlzargen inklusive
Spachtelung, Anstrich von ca. 20 Stück Stahl-
türen, Anstrich von ca. 325 lfm Treppengeländer,
Anstrich von ca. 250 lfm Rohrleitungen Stahl
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren
und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: August
2016 bis August 2018, in Bauabschnitten. Die
Öffnung der Angebote findet statt am 3. Mai 2016
um 11.00 Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 4

Bezeichnung: Trockenbauarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** –
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Auf-
träge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45431000

- Ergänzende Gegenstände 45421146
45421141
45321000
- 3) **Menge oder Umfang:** –
Ständerwerkwände ca. 750 m² einschließlich Herstellung von Türöffnungen, Vorwandinstallation/Schachtwände ca. 550 m², GK Abhangdecken einschließlich Verstärkung für Vorhangschienen ca. 500 m², GKBI Abhangdecke ca. 350 m², Akustikdecken als Rasterdecken 12.250 m², Deckenverstärkung für Beamer und Abzüge ca. 17 Stück, Wandakustikpaneele ca. 350 m², Anschluss an Fensterschwerter ca. 50 Stück, ca. 900 m² Innendämmung im Sturzbereich montieren, temporäre Staubschutzwände, einschl. Bautüren bauen und umsetzen gem. der Bauabschnitte
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: Anfang Juli 2016 bis Juli 2018, in Bauabschnitten. Die Öffnung der Angebote findet statt am 3. Mai 2016 um 11.30 Uhr in Raum 005.

Hamburg, den 24. März 2016

Die Finanzbehörde

281

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von Frau Ivy Gumprecht
Telefax: +49/040/4 27 31 -01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
die oben genannten Kontaktstellen
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**
Sanierung von 3 beruflichen Schulen an unterschiedlichen Standorten in Hamburg – Projektsteuerungsleistungen gem. § 2 der Schriftenreihe Nr. 9 AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ (Stand 2014).
LOS 1 – Projektsteuerung für den Standort Angerstraße, LOS 2 – Projektsteuerung für den Standort Wendenstraße, LOS 3 – Projektsteuerung für den Standort Hermelinweg.
- II.1.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**
Dienstleistungen
Dienstleistungskategorie Nr: 12
Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):**
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung:** –
- II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**
Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio.m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio.m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, die Sanierung von 3 Standorten der beruflichen Schulen durchzuführen.

Los 1 Angerstraße 7-11: Das zu sanierende Verwaltungsgebäude der GI befindet sich am Standort Angerstraße 7-11 in Hamburg Hohenfelde. An der Staatlichen Gewerbeschule Stahl- und Maschinenbau werden im Wesentlichen die schlosserischen Metallberufe in Handwerk und Industrie, die Industriemechaniker und die Berufe in der Metallerzeugung ausgebildet. Zum Beispiel Industriemechaniker, Werkstoffprüfer und Konstruktionsmechaniker. Die Schule mit einer Nettogrundfläche von derzeit ca. 7.700 m² soll bis Herbst 2020 im laufenden Betrieb saniert werden. Hierfür ist ein differenziertes Bauabschnitts- sowie Umzugs- und Auslagerungsmanagement erforderlich. Für das Gebäude ist eine Grundsanierung geplant, die bisherige Struktur des Gebäudes wird nicht verändert, Umbauten sind nicht vorgesehen. Die bestehende Dachkonstruktion ist aufgrund starker Baumängel kritisch zu hinterfragen. Die Sanierung umfasst Unterrichts- und Lernfeldräume, Gemeinschaftsräume, Werkstatträume und Büroflächen. Weiterhin sind Sanitär-, Technik-, Lagerflächen und Verkehrsflächen zu bearbeiten. Die Baumaßnahme ist in enger Abstimmung mit den Schulleitungen und dem HIBB (Hamburger Institut für Berufliche Bildung) zu erstellen. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch das Büro D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten. Das vorläufige Gesamtbudget für den Zu- und Umbau beträgt ca. 6,2 Mio. Euro brutto (gem. DIN 276 Kostengruppen 200 bis 700). Die Fertigstellung der Baumaßnahmen ist für den Herbst 2020 geplant.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Projektstufe 1 gem. § 2 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ (Stand Mai 2014);
- Projektstufen 2 bis 5 gem. § 2 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ (Stand Mai 2014) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Los 2 Wendenstraße 166: Das zu sanierende Gebäude der H9 befindet sich am Standort Wendenstraße 166 in Hamburg Hammerbrook. Es handelt sich um ein denkmalgeschütztes Schumachergebäude aus den 1920er Jahren. Die berufliche Schule City Süd bildet sowohl Kaufleute im Groß- und Außenhandel, Fachrichtung Großhandel aus und bietet ebenso die Berufsqualifizierung für die genannten Berufe an. Des Weiteren kann in der Berufsoberschule für Wirtschaft und Verwaltung (BOS) das Abitur erlangt werden. Die Schule mit einer Nettogrundfläche von derzeit ca. 7.000 m² soll bis Herbst 2020 im laufenden Betrieb saniert werden. Hierfür ist ein differenziertes Bauabschnitts- sowie Umzugs- und Auslagerungsmanagement erforderlich. Für das denkmalgeschützte Gebäude ist eine Grundsanierung geplant, die bisherige Struktur des Gebäudes wird nicht verändert, Umbauten sind nicht vorgesehen. Die Fassade muss denkmalgerecht

saniert werden. Es sind enge Abstimmungen mit dem Denkmalschutzamt erforderlich. Die Sanierung umfasst Unterrichts- und Lernfeldräume, Gemeinschaftsräume und Büroflächen. Weiterhin sind Sanitär-, Technik-, Lagerflächen und Verkehrsflächen zu bearbeiten. Die Baumaßnahme ist in enger Abstimmung mit den Schulleitungen und dem HIBB (Hamburger Institut für Berufliche Bildung) zu erstellen. Die Schulleitung nimmt ggf. in beratender Funktion an den Angebotsverhandlungen teil. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch das Büro D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten. Das vorläufige Gesamtbudget für den Zu- und Umbau beträgt ca. 6,2 Mio. Euro brutto (gem. DIN 276 Kostengruppen 200 bis 700). Die Fertigstellung der Baumaßnahmen ist für den Herbst 2020 geplant.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Projektstufe 1 gem. § 2 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ (Stand Mai 2014);
- Projektstufen 2 bis 5 gem. § 2 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ (Stand Mai 2014) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Los 3 Hermelinweg 8: Das zu sanierende Gebäude der G16 aus den 1970er Jahren befindet sich am Standort Hermelinweg 8 in Hamburg Farmsen. Die berufliche Schule Farmsen Technik und Medien bietet im Wesentlichen eine Ausbildung in den Bereichen Informations- und Medientechnik, Mechatronik, Metalltechnik, Uhrmacher und Veranstaltungstechnik an. Der Unterricht findet sowohl im Dualen System als auch in Vollzeit in der Schule statt. Die Schule mit einer Nettogrundfläche von derzeit ca. 14.700 m² soll bis Herbst 2020 im laufenden Betrieb saniert werden. Hierfür ist ein differenziertes Bauabschnitts- sowie Umzugs- und Auslagerungsmanagement erforderlich. Zur gleichen Zeit finden am Nachbarstandort Neubau- und Sanierungsmaßnahmen der Allgemeinbildenden Schule statt. Diese sind im Bauablauf zu berücksichtigen. Für das Gebäude in Stahlbetonskelettbauweise mit vorgehängter Aluminiumfassade ist eine Grundsanierung geplant, die bisherige Struktur des Gebäudes wird nicht verändert, Umbauten sind nicht vorgesehen. Die Hülle soll energetisch ertüchtigt werden. Die Sanierung umfasst Unterrichts- und Lernfeldräume, Gemeinschaftsräume, Werkstatbereiche und Büroflächen. Weiterhin sind Sanitär-, Technik-, Lagerflächen und Verkehrsflächen zu bearbeiten. Teilweise ist mit erhöhten technischen Anforderungen aufgrund der Werkstatteinbauten zu rechnen. Die Schulleitung nimmt ggf. in beratender Funktion an den Angebotsverhandlungen teil. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch das Büro D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten. Das vorläufige Gesamtbudget für den Zu- und Umbau beträgt ca. 14 Mio. Euro brutto (gem. DIN 276 Kostengruppen 200 bis

700). Die Fertigstellung der Baumaßnahmen ist für den Herbst 2020 geplant.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Projektstufe 1 gem. § 2 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ (Stand Mai 2014);
- Projektstufen 2 bis 5 gem. § 2 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ (Stand Mai 2014) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen für die Leistung der Projektsteuerung (Projektstufen 1 bis 5) für LOS 1 auf ca. 400.000,- Euro, für LOS 2 auf ca. 350.000,- Euro und für LOS 3 auf ca. 600.000,- Euro jeweils ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 1.350.000,- Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Laufzeit: 52 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht pro LOS:

Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist pro LOS der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus Verträgen mit anderen Auf-

traggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Der Auftraggeber behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren pro LOS zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der Bewerber insofern seine Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.)

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der jeweilige Auftragnehmer pro LOS sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht-beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2),(3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind pro LOS folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- ausgefüllter Bewerbungsbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
- Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck);
- Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
- Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck);

- Anlage 1E: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 5 Abs. 1 HmbMinLohnG (Vordruck);
- Anlage 1F: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1G: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
- Anlage 1H: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck);
- Anlage 1I: Scientology Erklärung (Vordruck);
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1;
- Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);
- Anlage 3B (siehe III.2.3 sowie IV.1.2) für LOS 1: Liste von Referenzprojekten für Leistungen gem. AHO; LOS 2: Liste von Referenzprojekten für Leistungen gem. AHO; LOS 3: Liste von Referenzprojekten für Leistungen gem. AHO.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie ein separater Bewerbungsbogen für jedes LOS gesondert auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail-Adresse vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Bei der Anforderung der Unterlagen ist anzugeben, für welches LOS die Bewerbung erfolgen soll. Die Bewerbung ist für ein oder zwei LOSE möglich. Die Nachweise, Erklärungen und Referenzprojekte sind für jedes LOS separat einzureichen. Die Bewerbung ist pro LOS separat in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer und der jeweiligen Losnummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Mehrfachbeteiligungen für ein LOS in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigelegten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerbungsbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn

die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen sind deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge zu kennzeichnen. Die Seiten sind durchgehend zu nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Je LOS ein aktueller Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden). Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den pro LOS genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

(B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Projektsteuerung gem. § 2 AHO und Projektsteuerung gem. § 3 AHO in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2013, 2014; 2015).

- LOS 1: Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 400.000,- Euro (netto) erreichen.
- LOS 2: Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 350.000,- Euro (netto) erreichen.
- LOS 3: Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 600.000,- Euro (netto) erreichen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(B) Nachweis je LOS der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier:

Einschlägiger Studienabschluss (mindestens FH) zur Ausführung der Projektsteuerung; Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die

Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

(C) Liste der wesentlichen erbrachten Leistungen für Projekte aus dem Leistungsbereich Projektsteuerung gem. § 2 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ (Stand Mai 2014) unter Angabe:

- der Projektbezeichnung,
- des Auftraggebers (inkl. Nennung des Ansprechpartners mit Kontaktdaten),
- des Leistungszeitraums,
- der erbrachten Projektstufen gem. AHO Nr. 9,
- der Kosten in den Kostengruppen 300+400 (in EURO; netto).

Weiterhin ist anzugeben, ob:

- bei dem Projekt die Projektleitung gem. § 3 AHO Nr. 9 erbracht wurde,
- ob es sich um eine Sanierungsmaßnahme handelt,
- ob das erbrachte Leistungsbild ein Umzugsmanagement innerhalb eines zu bearbeitenden Gebäudekomplexes umfasste,
- ob das erbrachte Leistungsbild die Organisation von Auslagerungen (externe Standorte oder Container) umfasste.
- es sich um ein öffentlichen Auftraggeber handelt.

Gewertet werden die Projekte aus der Referenzliste, welche innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 1. Januar 2008) mit einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind.

(D) Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

(A) Angabe je LOS der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2013, 2014, 2015). Hiervon sind im Bereich Projektsteuerung gem. § 2 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ (Stand Ma 2014) folgende Zahlen nachzuweisen:

für LOS 1 mind. 5 Mitarbeiter/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre.

für LOS 2 mind. 4 Mitarbeiter/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre.

für LOS 3 mind. 7 Mitarbeiter/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt auf Grundlage der eingereichten Referenzliste gemäß der folgenden Auswahlkriterien:

FÜR LOS 1

1. Die Projektstufen 1-5 gem. AHO Nr. 9 wurden erbracht: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte, 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

2. Die Projektleitung gem. § 3 AHO Nr. 9 wurde erbracht: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

3. Die Projektkosten in den KG 300 + 400 lagen bei mind. 4,0 Mio. EURO (netto): kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

4. Bei dem Projekt handelt es sich um eine Sanierungsmaßnahme: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

5. Das erbrachte Leistungsbild umfasste das Umzugsmanagement innerhalb eines zu bearbeitenden Gebäudekomplexes: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

6. Das erbrachte Leistungsbild umfasste die Organisation von Auslagerungen (externe Standorte oder Container): kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder

mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

Insgesamt sind max. 18 Punkte zu erzielen.

FÜR LOS 2

1. Die Projektstufen 1-5 gem. AHO Nr. 9 wurden erbracht: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

2. Die Projektleitung gem. § 3 AHO Nr. 9 wurde erbracht: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

3. Die Projektkosten in den KG 300 + 400 lagen bei mind. 3,75 Mio. EURO (netto): kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

4. Bei dem Projekt handelt es sich um eine Sanierungsmaßnahme: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

5. Das erbrachte Leistungsbild umfasste das Umzugsmanagement innerhalb eines zu bearbeitenden Gebäudekomplexes: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

6. Das erbrachte Leistungsbild umfasste die Organisation von Auslagerungen (externe Standorte oder Container): kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

Insgesamt sind max. 18 Punkte zu erzielen.

FÜR LOS 3

1. Die Projektstufen 1-5 gem. AHO Nr. 9 wurden erbracht: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

2. Die Projektleitung gem. § 3 AHO Nr. 9 wurde erbracht: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

3. Die Projektkosten in den KG 300 + 400 lagen bei mind. 8,0 Mio. EURO (netto): kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

4. Bei dem Projekt handelt es sich um eine Sanierungsmaßnahme: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

5. Das erbrachte Leistungsbild umfasste das Umzugsmanagement innerhalb eines zu bearbeitenden Gebäudekomplexes: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

6. Das erbrachte Leistungsbild umfasste die Organisation von Auslagerungen (externe Standorte oder Container): kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3

Punkte). Insgesamt sind max. 18 Punkte zu erzielen.

Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	20 %
2. Qualität	30 %
3. Kundendienst	10 %
4. Ausführungszeitraum	10 %
5. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOF 015-16 PP

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 29. April 2016, 14.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 29. April 2016, 14.00 Uhr.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahme-wettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens:
Los 1: Versendung der Angebotsaufforderung 21. Kalenderwoche 2016; Einreichung der Honorarangebote 24. Kalenderwoche 2016; Verhandlungsgespräche 26. Kalenderwoche 2016.
Los 2: Versendung der Angebotsaufforderung 22. Kalenderwoche 2016; Einreichung der Honorarangebote 25. Kalenderwoche 2016; Verhandlungsgespräche 27. Kalenderwoche 2016.
Los 3: Versendung der Angebotsaufforderung 22. Kalenderwoche 2016; Einreichung der Honorarangebote 25. Kalenderwoche 2016; Verhandlungsgespräche 28. Kalenderwoche.
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein. Es wird darauf hingewiesen, dass sich der AN bei Vertragsschluss zu verpflichten hat, sich bei diesem Projekt nicht an Vergabeverfahren für die Erbringung planerischer und objektüberwachender Leistungen zu beteiligen. Informationen bzw. Ausschreibungsunterlagen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren**
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/42840-2039
- VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)**
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller

den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:**
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/42731-0143
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
30. März 2016

ANHANG B**ANGABE ZU DEN LOSEN**

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Sanierung von 3 beruflichen Schulen an unterschiedlichen Standorten in Hamburg – Projektsteuerungsleistungen gem. § 2 der Schriftenreihe Nr. 9 AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ (Stand 2014).

LOS 1 – Projektsteuerung für den Standort Angerstraße,
LOS 2 – Projektsteuerung für den Standort Wendenstraße,
LOS 3 – Projektsteuerung für den Standort Hermelinweg.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: LOS 1 – Angerstraße 7-11, Projektsteuerung

- 1) **Kurze Beschreibung:** siehe Ziffer II.1.5)
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 71240000
- 3) **Menge oder Umfang:**
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen für die Leistung der Projektsteuerung (Projektstufen 1 bis 5) für LOS 1 auf ca. 400.000 EURO ohne Umsatzsteuer geschätzt.
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 400.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 52 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 2

Bezeichnung: LOS 2 – Wendenstraße 166, Projektsteuerung

- 1) **Kurze Beschreibung:** siehe Ziffer II.1.5)
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 71240000
- 3) **Menge oder Umfang:**
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen für die Leistung der Projekt-

steuerung (Projektstufen 1 bis 5) für LOS 2 auf ca. 350.000 EURO ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 350.000,- Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Laufzeit: 52 Monate ab Auftragsvergabe

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Los 3: Hermelinweg 8, Projektsteuerung

1) **Kurze Beschreibung:** siehe Ziffer II.1.5)

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 71240000

3) **Menge oder Umfang:**

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen für die Leistung der Projektsteuerung (Projektstufen 1 bis 5) für LOS 2 auf ca. 600.000 EURO ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 600.000,- Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Laufzeit: 52 Monate ab Auftragsvergabe

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen: –**

Hamburg, den 30. März 2016

Die Finanzbehörde

282

**Öffentliche Ausschreibungen
der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg**

Die Behörde für Schule und Berufsbildung schreibt im Auftrag der Behörde für Inneres und Sport, Feuerwehr, den **Abschluss eines Rahmenvertrages über die Herstellung (inkl. Redaktion und Druck) und die Lieferung der Mitarbeiterzeitschrift „Löschblatt“** der Feuerwehr Hamburg aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 28. April 2016, 12.00 Uhr

Die Ausschreibungsunterlagen können unter Angabe der Nummer **BSB 0003/2016** per E-Mail unter

ausschreibungen@bsb.hamburg.de

abgefordert werden.

Hamburg, den 24. März 2016

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

283

Die Universität Hamburg schreibt die **Entwicklung eines Kommunikationskonzeptes anlässlich des Universitätsjubiläums „100 Jahre Universität Hamburg“** unter der Projektnummer **VOL2016001VVMTNW** aus.

Vergabeart: Verhandlungsverfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb (EU)

Ende der Einreichungsfrist: 10. Mai 2016, 13.00 Uhr

Über das Online-Portal Hamburg-Service (www.gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Vergabeunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und Ihr Angebot elektronisch einreichen.

Hier finden Sie Hinweise zur Registrierung:

<https://gateway.hamburg.de/hamburggateway/fvp/fv/BasisHilfe/HilfeFirmen.aspx>

Die Vergabeunterlagen können auch unter Angabe der Projektnummer **VOL2016001VVMTNW** per E-Mail unter strategischereinkauf@verw.uni-hamburg.de abgefordert werden.

WICHTIG: Um die Unterlagen zu erhalten, benötigen wir zwingend Ihre vollständigen Kontaktdaten (Firmenname, Name des Ansprechpartners/der Ansprechpartnerin, vollständige Anschrift, E-Mail, Telefon und Telefax) für mögliche Nachfragen. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir bei unvollständigen Angaben keine Unterlagen versenden.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gem. § 6 Absatz 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 29. März 2016

Universität Hamburg

284

Gerichtliche Mitteilungen

Konkursverfahren

65 a N 412/95. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **GLV Gebäude- und Liegenschaften-Verwaltungs-GmbH**, Cremon 36, 20457 Hamburg, Geschäftsführerin: Renate Freifrau von Richthofen, wird nach Abhaltung des Schlusstermins durch Beschluss vom 14. März 2016 aufgehoben. Die Nachtragsverteilung bleibt vorbehalten hinsichtlich künftiger Quoten-zahlungen aus der Treuhandschaft Marion Dabelstein.

Hamburg, den 24. März 2016

Das Amtsgericht, Abt. 65

285

Zwangsversteigerung

717 K 15/15. Zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft soll das in Hamburg, Birkenallee 22, Gartenland zwischen Scharbeutzer Straße und Birkenallee belegene, im Grundbuch von Alt-Rahlstedt Blatt 3273 eingetragene 1236 m² große Grundstück (Flurstück 230), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einem zweigeschossigen und unterkellerten Einfamilienhaus und einem massiven Stall-/Werksattgebäude sowie einer Garagenzeile mit neun Einzelgaragen bebaut. Errichtung vermutlich im Jahr 1900

bzw. 1966 (Garagenzeile). Haus und Werkstattgebäude befinden sich in einem stark unterdurchschnittlichen und abbruchreifen Zustand. Das gesamte Objekt ist stark vermüllt. In allen Bereichen sind viel Inventar, Müll und im Garten mehrere alte Kraftfahrzeuge vorhanden. Das Haus konnte nur teilweise, das Werkstattgebäude gar nicht von innen besichtigt werden. Laut Gutachten sollen die Garagen vermietet sein.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 425 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 16. Juni**

2016, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, I. Stock, Saal 157.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 301, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/42881-2910/-2911/-2150. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 1. April 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Antragstellers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach §55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstand tritt.

Hamburg, den 8. April 2016

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717

286

Sonstige Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung (national)

- a) Stiftung Hamburg Maritim
Australiastraße, Schuppen 52 A
20457 Hamburg
Telefon: 040/7511469-10, Telefax: 040/7511469-29
Email: info@stiftung-hamburg-maritim.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Die Vergabeunterlagen werden nach Abforderung über einen Downloadlink versendet. Der Empfang ist per Fax zu bestätigen. Die Abgabe des Angebotes hat in Papierform und digital als pdf auf einem Datenträger (CD) zu erfolgen, Das bepreiste Leistungsverzeichnis soll zusätzlich als Angebotsdatei (d84, p84 oder x84) beigelegt werden.
- d) Ausführung von Bauleistungen
- e) Hamburg
- f) Vergabenummer: **SHM HWS 16-002**
Privater Hochwasserschutz Polder 25, Australiastraße in 20457 Hamburg,
Errichtung einer ca. 320 m langen Hochwasserschutzlinie: Abbrucharbeiten:
- ca. 150 lfm vorhandene HWS-Spundwand
 - ca. 2000 m² Großsteinpflaster
 - ca. 280 lfm Bordsteine
 - ca. 570 m² bituminöse Oberflächenbefestigung
 - ca. 50 m² Betontragschicht
- Erdarbeiten und Oberflächenbefestigung:
- ca. 7500 m³ Bodenaushub mit offener Wasserhaltung für Baugrube
 - ca. 7000 m³ Boden fachgerecht entsorgen
 - ca. 6500 m³ Bodeneinbau (grobkörnig und Schotter)
 - ca. 4300 m² Planum herstellen
 - ca. 2400 m² Oberflächenbefestigung (Großsteinpflaster und Großflächenplatten) herstellen Gründungsarbeiten:
 - ca. 2700 m² Spundwandbohlen rammen
- 4 Bohrpfähle herstellen
 - 13 Zug- und Druckanker herstellen Beton- und Stahlbetonarbeiten
 - ca. 2100 m² Unterbeton als Sauberkeitsschicht herstellen
 - ca. 1000 m³ Stahlbeton herstellen (teilweise Sichtbeton)
- mobiler Hochwasserschutz:
- ca. 370 m² mobilen Hochwasserschutz liefern und probeweise aufbauen
- Gleisbauarbeiten:
- ca. 36 lfm Gleis herstellen
 - Stahlbauarbeiten:
 - ca. 300 lfm Geländer fertigen und montieren
 - 2 vorhandene HWS-Tore ausbauen, abändern, inandersetzen und einbauen
- g) Neubau eines Polderabschnitts zu Erweiterung der bestehenden Hochwasserschutzanlage
- h) Entfällt
- i) Beginn: 1. Juni 2016
Ende: 31. August 2017
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme vom 29. März 2016 bis 19. April 2016, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr.
Anschrift:
Körting Ingenieure GmbH
Hammerbrookstraße 73, 20097 Hamburg
Telefon: 040/300671-0
hamburg@koert-ing.de
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 25,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
Körting Ingenieure GmbH
IBAN DE39 200 505 50 128 010 74 57,
Geldinstitut: HASPDEHHXXX

680

Freitag, den 8. April 2016

Amtl. Anz. Nr. 27

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 20. April 2016 um 12.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Stiftung Hamburg Maritim
Australiastraße, Schuppen 52 A, 20457 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 20. April 2016 um 12.00 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 15. Juni 2016, um 12.00 Uhr.
- w) Beschwerdestelle:
Vergabekammer
der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

Hamburg, den 23. März 2016

Körting Ingenieure GmbH

287

Öffentliche Ausschreibung (national)

- a) Hafencity Hamburg GmbH
Osakaallee 11, 20457 Hamburg,
Telefon: 040/37 47 26 - 0, Telefax: 040/37 47 26 - 26
E-Mail: info@hafencity.com
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Bauleistungen: Spezialtiefbau, Sielbau, Erbau
- e) Hamburg
- f) Vergabenummer: **ÖA-407121**
Ertüchtigung Schachtbauwerke
- g) Entfällt
- h) Keine Lose.

- i) Beginn: 23. Mai 2016
Ende: 22. Juli 2016
- j) Nicht zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme; Versand der Unterlagen ausschließlich digital vom 4. April 2016 bis 22. April 2016, 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr.
Anschrift:
OBERMEYER Planen + Beraten GmbH,
Michaelisstraße 24, 20459 Hamburg,
E-Mail: sebastian.schwartz@opb.de
- l) Höhe des Kostenbeitrages: Entfällt
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 26. April 2016 um 11.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
HafenCity Hamburg GmbH
Osakaallee 11, 20457 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 26. April 2016 um 11.00 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 24. Mai 2016 um 23.00 Uhr.
- w) Beschwerdestelle:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW)
– RV – Vergaberecht,
zentrale Vergabeaufsicht und Zivilrecht
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

Hamburg, den 31. März 2016

OBERMEYER Planen + Beraten GmbH

288

Gläubigeraufruf

Der Verein **Arbeitsgemeinschaft für Judo und Jiu-Jitsu Hamburg e.V.** ist aufgelöst worden. Zum Liquidator wurde Herr Reinhard Wichert, Hätschenkamp 64, 25421 Pinneberg, bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche bei dem Liquidator anzumelden.“

Hamburg, den 11. März 2016

Der Liquidator

289